

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.01.2024**

**„Wie geht es weiter mit dem Umzug der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) in den Lloydhof?“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

**A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Was sind die Gründe dafür, dass die WFB noch nicht wie geplant komplett in den Lloydhof umgezogen ist?
2. Bis wann wird der geplante Umzug der WFB in den Lloydhof komplett abgeschlossen sein?
3. Welche Mehrkosten entstehen durch den verzögerten Umzug der WFB und wer kommt für diese auf?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Frage 1:**

Die WFB ist im ersten Quartal 2023 mit einem Großteil ihres Personals in den Lloydhof eingezogen. Lediglich die derzeit noch im Riegelbau der Messehalle 6 untergebrachte Abteilung Touristik konnte noch nicht in den Lloydhof einziehen.

Grund hierfür ist, dass baurechtliche Abstimmungsprozesse der Vermieterin, der DLH Bremen GmbH, und deren bauliche Umsetzung deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen haben, als geplant.

**Zu Frage 2:**

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der Einzug der WFB in den Lloydhof voraussichtlich vollständig im zweiten Quartal 2024 abgeschlossen werden können.

**Zu Frage 3:**

Die durch die längere Anmietung des bisher genutzten Mietobjekts für die Abteilung Touristik und den kleinteiligeren Umzug entstehenden Mehrkosten werden vollständig von der Vermieterin, der DLH Bremen GmbH, übernommen.

**C. Alternativen**

Keine Alternativen

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderrelevante Aspekte werden durch diese Vorlage nicht berührt.

**E. Beteiligung und Abstimmung**

Nicht erforderlich.

**F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Der Veröffentlichung der Senatsvorlage über das zentrale elektronische Informationsregister nach Beschlussfassung steht nichts entgegen.

Datenschutzrechtliche Belange sind durch die Beantwortung der Anfrage nicht berührt.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation vom 10.01.2024 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.